

Anlage A1 bis¹**Erklärungen**

[NB: Diese Anlage muss von allen auftraggebenden Unternehmen und allen den Vertrag ausführenden Unternehmen (einschließlich der vom ausführenden Konsortiumsmitglied, das seinerseits ein Konsortium im Sinne von Art. 45, Absatz 2, Buchstabe b ist, angegebenen ausführenden Unternehmen) ausgefüllt werden – außer vom Einzel- oder federführenden Unternehmen welches die Anlage A1 ausfüllt]

Teil I**ERKLÄRUNG gemäß LG Nr. 17 vom 22. Oktober 1993**

ACHTUNG: Die Person, welche die Anlage A1 bis ausfüllt, MUSS die gleiche Person sein, welche die digitale Signatur anbringt.

Der /die Unterfertigte² ,

Steuernummer

geboren in (Provinz , Land) am

wohnhaft in der Gemeinde ; PLZ ; Provinz (); Land ;

Anschrift, usw. ;

in seiner/ihrer Eigenschaft als: ☐ gesetzliche/r Vertreter(in)/Inhaber(in) ☐ Generalbevollmächtigte/r ☐

Sonderbevollmächtigte/r

des Unternehmens/Konsortiums/ausführenden Konsortiumsmitgliedes:

MwSt-Nr.: ;

Steuernummer: ;

mit Rechtssitz in der Gemeinde , PLZ , Provinz (), Land ;

Anschrift, usw. ;

E-Mail-Adresse: ;

Zertifizierte E-Mail-Adresse (PEC): ;

Telefonnummer: ;

Fax: ;

Gemäß LG Nr. 17 vom 22. Oktober 1993 ist sich der/die Unterzeichnende der strafrechtlichen Haftung bei unwahren Aussagen und der entsprechenden strafrechtlichen Sanktionen gemäß Art. 76 DPR 445/2000 sowie der administrativen Folgen im Hinblick auf den Ausschluss aus Wettbewerben gemäß GvD Nr. 36/2023 sowie den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen bewusst und

ERKLÄRT

befugt zu sein, obgenanntes Unternehmen zu verpflichten und dieses Dokument und/oder weitere Dokumente betreffend das gegenständliche Verfahren zu unterzeichnen und

dass es sich beim genannten Unternehmen handelt um ein

- ☐ **Mitglied**
- ☐ **eines ordentlichen Konsortiums** gemäß Art. 2602 ZGB sowie laut Art. 65, Absatz 2 Buchst. f) GvD Nr. 36/2023³:
- ☐ **einer Bietergemeinschaft** nach Art. 65, Absatz 2 Buchst. e) GvD Nr. 36/2023⁴:
- ☐ **eines Unternehmensnetzwerks** gemäß Art. 65, Absatz 2 Buchst. g) GvD Nr. 36/2023⁵:
- ☐ **als europäischen wirtschaftlichen Interessen-vereinigung** (EWIV) nach Art. 65, Absatz 2 Buchst. h) GvD Nr. 36/2023⁶:

unter den folgenden **Unternehmen**

Das federführende Unternehmen und alle anderen Mitglieder der Bietergemeinschaft, des Konsortiums, des Unternehmensnetzwerks nennen, die an diesem Verfahren teilnehmen, sowie evtl. kooptierte Unternehmen, wobei für jedes dieser Unternehmen folgende Angaben gemacht werden⁷

Firmenname oder -bezeichnung:

Steuernummer: ; MwSt- Nr.: ;
mit Rechtssitz in der Gemeinde , Provinz (), PLZ , Land ;
Anschrift, usw. ;

- dass die Anteile, des jeweiligen Mitglieds an der Ausführung, sowie auch die Teile der Leistungen, welche weitervergeben werden sollen - wobei insbesondere auf jene Fälle Bezug genommen wird, in denen die Weitervergabe notwendig ist, um jene Voraussetzungen, welche der Zusammenschluss nicht verfügt, abzudecken (sog. zwingende Weitervergabe) - den Angaben gemäß Anlage A1 entsprechen.

ERKLÄRT

Dass das es sich beim genannten Unternehmen handelt um

- ☐ **ein Konsortium nach Art. 65 Absatz 2 buchst. d) GvD Nr. 36/2023**

Oder

☐ ein ausführendes Unternehmen **eines Konsortiums nach Art. 65, Absatz 2 Buchst. d) GvD Nr. 36/2023**

Das oben genannte Konsortium gibt unter Beachtung von Art. 48 Abs. 7 des GvD Nr. 50/2016 folgende ausführende Mitgliedsunternehmen⁸ an:

Alle ausführenden Unternehmen des Konsortiums, die an diesem Verfahren teilnehmen, wobei für jedes Unternehmen folgende Angaben getätigt werden müssen:

Firmenname oder -bezeichnung:

Steuernummer: ; MwSt- Nr.: ;
mit Rechtssitz in der Gemeinde , Provinz (), PLZ , Land ;
Anschrift, usw. ;

**IM FALLE EINES NOCH ZU GRÜNDENDEN ZUSAMMENSCHLUSSES ERKLÄRT DER ERKLÄRENDE IM SINNE
DES ART. 68, Absatz 1 GvD Nr. 36/2023 FOLGENDES:**

- sollte dem Bieterzusammenschluss der Zuschlag erteilt werden, wird das gemeinsame Sondermandat mit Vertretungsbefugnis in Form einer beglaubigten Privaturkunde erteilt und der Vergabestelle eine Kopie des entsprechenden Dokuments ausgehändigt werden;

Teil II
ANGABEN ZUM ERKLÄRENDE UNTERNEHMEN⁹

ERKLÄRT¹⁰

- ☐ (bei Unternehmen mit Sitz in Italien) bei der Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer in () für die Tätigkeit (), die in Einklang mit dem Ausschreibungsgegenstand steht, eingetragen zu sein,
- ☐ (bei Organisationen ohne Gewinnabsichten, ONLUS) im folgenden ONLUS-Register eingetragen zu sein: ;
- ☐ (bei Unternehmen mit Sitz im Ausland) im folgenden Verzeichnis oder in der folgenden offiziellen Liste des Zugehörigkeitsstaats eingetragen zu sein: .
- in Kenntnis der strafrechtlichen Verantwortung im Sinne von Art. 55, Absatz 2 des GvD Nr. 231 vom 21. November 2007, erklärt dass, bei fehlender oder unwahrer Erklärungen, der wirtschaftliche Eigentümer im Sinne des GvD Nr. 231/2007 folgendes/folgende Subjekte ist/sind:
- Name: ; Nachname: ; Geburtsdatum: ; Steuernummer:

BESTÄTIGT DIE FOLGENDEN DATEN

Eintragungsnummer ;

Eintragungsdatum ;

Gesellschaftsdauer/Enddatum ;

Firma ;

UND ERKLÄRT

- ☐ dass das Unternehmen ein Kleinst-, kleines oder mittleres Unternehmen gemäß Empfehlung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften Nr. 2003/361/EG vom 6. Mai 2003 ist¹¹.

ANMERKUNGEN

Teil III
VERBINDLICHE ERKLÄRUNGEN BEI NUTZUNG DER KAPAZITÄTEN DRITTER
nach Art. 104 GvD Nr. 36/2023

ERKLÄRT¹²

a) Im Falle der Nutzung von Kapazitäten Dritter wegen fehlenden Voraussetzungen

- ☐ folgende besonderen Voraussetzungen **NICHT** zu erfüllen: ;¹³

ERKLÄRT ENTSPRECHEND

- ☐ dass er gemäß Art. 104 GvD Nr. 36/2023, hinsichtlich besagter Voraussetzungen, die **Kapazitäten des nachstehend angeführten Unternehmens**, welches die Voraussetzungen besitzt, **in Anspruch nimmt¹⁴**:

hinsichtlich der Voraussetzungen oder eines Teils der folgenden Voraussetzungen:

das Unternehmen:

Steuernummer: ; MwSt- Nr.: ;
mit Rechtssitz in der Gemeinde , PLZ , Provinz (), Land ;
Anschrift, usw. ;
gesetzlicher Vertreter ;

UND/ODER
ERKLÄRT¹⁵

b) Im Fall einer Verbesserung durch Nutzung von Kapazitäten Dritter

- ☐ dass er beabsichtigt, **zur Verbesserung** seines Angebots gemäß Art. 104 Absatz 4 GvD Nr. 36/2023 auf Nutzung von Kapazitäten Dritter zurückzugreifen

UND ERKLÄRT FOLGLICH

dass das Unternehmen gemäß Art. 104 GvD Nr. 36/2023 folgender Unternehmen, , **in Anspruch nimmt¹⁶**:
für folgende Anforderung oder Teil der Anforderung:

das Unternehmen: ,
Steuernummer: , MwSt.- Nr.: ,
mit Rechtssitz in der Gemeinde , PLZ , Provinz (), Land ,
Anschrift: ;
gesetzl. Vertreter/in ,
In beiden Fällen erklärt

- dass gemäß Art. 104 Absatz 3 GvD Nr. 36/2023, im Falle, dass der Vertrag für die Nutzung von Kapazitäten Dritter mit dem Hilfsunternehmen, das über eine Genehmigung oder andere erforderliche Qualifikation gemäß Artikel 100 Absatz 3 GvD Nr. 36/2023 für die Teilnahme am Vergabeverfahren verfügt, oder mit einem Subjekt, das über die für die Ausführung der Auftragsleistung erforderlichen Studien- oder Berufstitel verfügt, abgeschlossen wird, dann werden Arbeiten oder Dienstleistungen direkt vom Hilfsunternehmen ausgeführt werden.

- und dass, falls die Voraussetzungen, welche in Anspruch genommen werde, im Sinne des Art. 104 GvD Nr. 36/2023 die Kriterien für die Angabe der Studien- und Berufstitel der Anlage XVII, Teil II, Buchstabe f) oder die sachdienlichen Berufserfahrung betreffen, die Subjekte, deren Kapazitäten genutzt werden, direkt die Leistungen ausführen, für die jene Fähigkeiten erforderlich sind.

Die Daten aller etwaigen Hilfsunternehmen und die entsprechenden von der Nutzung der Kapazitäten Dritter betroffenen Anforderungen angeben:

UND LEGT folgende Dokumentation bei

- die **Anlagen A1-ter**, in der der Hilfsunternehmen entsprechenden Anzahl, **auch wenn es sich um zum Konzern gehörende Unternehmen handelt**, mit der vom Hilfsunternehmen unterzeichneten Erklärung, dass sie über die technischen Voraussetzungen und Mittel verfügen, die Gegenstand der Inanspruchnahme sind, sowie die vom Hilfsunternehmen unterzeichnete Erklärung, mit welchem sich es sich gegenüber dem Wirtschaftsteilnehmer und gegenüber der Vergabestelle dazu verpflichtet, für die gesamte Auftragsdauer die notwendigen Ressourcen, die dem Wettbewerbsteilnehmer fehlen, zur Verfügung zu stellen;
- EEE, unterzeichnet von dem/den Hilfsunternehmen;
- den Vertrag über die Nutzung der Kapazitäten Dritter in Original oder als beglaubigte Kopie, in welchem sich das Hilfsunternehmen gegenüber dem Teilnehmer verpflichtet, die Kapazitäten bereitzustellen und die notwendigen Ressourcen für die gesamte Dauer des Auftrags zur Verfügung zu stellen.
- die weiteren in Art. 104 GvD Nr. 36/2023 und den Ausschreibungsunterlagen vorgeschriebenen Dokumente;

ANMERKUNGEN

Teil IV**ETWAIGE ZUSÄTZLICHE ERKLÄRUNG GEMÄSS KONKURSRECHT**

(Nur dann auszufüllen, wenn der Wirtschaftsteilnehmer ein Einzelunternehmen ist. Bei Bietergemeinschaften, Konsortien, EWIV oder Unternehmensnetzwerken kann das federführende Unternehmen bei sonstigem Ausschluss nicht zu einem Ausgleich mit Unternehmensfortführung zugelassen werden bzw. einen Rekurs auf Zulassung zum Ausgleich mit Unternehmensfortführung hinterlegen)¹⁷

ERKLÄRT**1. HYPOTHESE**

- ☐ dass er sich im Zeitraum zwischen Hinterlegung des Antrags auf Zulassung zum Ausgleich mit Unternehmensfortführung bzw. zum Ausgleich gemäß Art. 44 des Krisen- und Insolvenzcodex (CCI) (geändert durch Art. 12 Absatz 4 des GvD Nr. 83 vom 17 Juni 2022) und der Hinterlegung des Eröffnungsdekrets gemäß Art. 47 des CCI hinterlegt er/sie Kopie der Verfügung des Landesgerichts Nr. vom zur Genehmigung zur Teilnahme an Verfahren für die Vergabe öffentlicher Verträge,
- hinterlegt er/sie einen Bericht eines Experten, der die Anforderungen von **Artikel 2 Absatz 1 Buchst. o) des oben genannten Gesetzesvertretendes Dekrets** erfüllt und die Einhaltung des Plans und der voraussichtlichen Fähigkeit zur Vertragserfüllung bescheinigt (-Art. 95 Absatz 4 des CCI).

2. HYPOTHESE

- ☐ dass das Unternehmen gemäß Art. 47 des CCI (GvD Nr. 14/2019 i.g.F) zum Verfahren für den Ausgleich mit Unternehmensfortführung gemäß Art. 44 des CCI (GvD Nr. 14/2019 i.g.F) mit Dekret des Landesgerichts Nr. vom zugelassen wurde. Er hinterlegt:
- Kopie der Verfügung des Landesgerichts Nr. vom zur Genehmigung zur Teilnahme an Verfahren für die Vergabe öffentlicher Verträge.
 - einen Bericht eines Experten welcher die Anforderungen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchst. o) des oben genannten Gesetzvertretendes Dekrets besitzt, in welchem die Übereinstimmung mit dem Plan und eine angemessene Fähigkeit zur Vertragserfüllung bescheinigt wird (**Art. 95 Absatz 4 des CCI**);

Teil V

WEITERE VERBINDLICHE ERKLÄRUNG ZUR ZULASSUNG ZUM WETTBEWERB
(für alle Arten von Bietern, die am Wettbewerb teilnehmen)

Er/Sie

ERKLÄRT

- a) nicht in Kenntnis über eventueller Hinderungsgründe gemäß Art. 94 und 95 GvD Nr. 36/2023 hinsichtlich der in dieser Bestimmung genannten Subjekte zu sein;
- b) dass er/sie sich verpflichtet, bei Ausübung des Zugangsrechts gemäß Artt. 35 und 36 GvD Nr. 36/2023 die Dokumente und Daten jedweder Natur nicht zu verbreiten und die Dokumente ausschließlich zum Schutze seiner/ihrer rechtlichen Interessen im Rahmen des gegenständlichen Verfahrens zu verwenden;
- c) dass eines oder mehrere laut Ausschreibungsbedingungen zugelassene Rechtssubjekte sich am Ausführungsort der Leistungen eingefunden haben und somit dass er/sie sämtliche allgemeine und besondere Umstände kennt, die sich auf die Preisbestimmung und auf die Vertragsbedingungen ausgewirkt haben können und die sich auf die Durchführung der Leistungen auswirken können, und dass er/sie folglich die Leistungen als durchführbar, die Planungsunterlagen als angemessen und die Preise insgesamt als rentabel eingestuft hat, so dass diese Preise den angebotenen Betrag oder Abschlag, der fix und unveränderlich ist, erlauben;
- d) dass der wirtschaftliche Wert des Angebots gemäß Art. 110 GvD Nr. 36/2023 angemessen ist;
- e) dass er/sie die Sozialklausel laut Ausschreibungsunterlagen, sofern vorhanden, annimmt;
- f) (evtl. bei Unternehmen, die ihren Sitz und ihre feste Niederlassung nicht in Italien haben) dass das Unternehmen die geltenden, darauf anwendbare Steuervorschriften einhält;
- g) dass er/sie bei sonstigem Ausschluss die Integritätsvereinbarung annimmt, die den Ausschreibungsunterlagen beigelegt und von der Stadtgemeinde Bozen mit Stadtratsbeschluss Nr. 27 vom 30. Januar 2017 genehmigt wurde;
- h) dass er/sie Kenntnis über die Verpflichtungen hat, die aus dem von der Vergabestelle mit Gemeindevorstand vom 30.10.2015 Nr. 608 gemäß DPR vom 16.04.2013 Nr. 62 („Regolamento recante codice di comportamento dei dipendenti pubblici“) beschlossenen Verhaltenskodex hervorgehen, und dass er/sie sich bei Zuschlagserteilung verpflichtet, diesen bei sonstiger Vertragsaufhebung einzuhalten und dafür Sorge zu tragen, dass er von den eigenen Mitarbeitern eingehalten wird;
- i) dass er/sie Kenntnis über die Verpflichtungen hat, die aus dem von der Vergabestelle mit Gemeindevorstand vom 30.12.2022 Nr. 728 gemäß DPR vom 16.04.2013 Nr. 62 („Regolamento recante codice di comportamento dei dipendenti pubblici“) beschlossenen „Verhaltenskodex des Personals“ hervorgehen, und dass er/sie sich bei Zuschlagserteilung verpflichtet, diesen bei sonstiger Vertragsaufhebung einzuhalten und dafür Sorge zu tragen, dass er von den eigenen Mitarbeitern eingehalten wird;
- j) dass er/sie bei der Ausarbeitung des Angebots die am Ausführungsort geltenden Verpflichtungen laut Vorschriften zur Sicherheit, Hygiene, Umweltschutz, Arbeitsbedingungen, Vor- und Fürsorge beachtet hat; dass er/sie sich verpflichtet, diese Beträge für die Sicherheitsmaßnahmen auf der Baustelle zu verwenden, und dass er den Inhalt des DUVRI-Modells 1-A „Grundlegende Verhaltensregeln für die Sicherheit der Arbeiter bei der Ausführung von Arbeiten an der Bausubstanz der Autonomen Provinz Bozen“ zur Kenntnis genommen hat und annimmt;
- k) dass er/sie im Zusammenhang mit der gegenständlichen Ausschreibung keine gesetzlich untersagten,

wettbewerbs- und marktbeschränkenden Praktiken und/oder Vereinbarungen im Laufen hat;

- l) dass er/sie den Inhalt des Vertragsentwurfs und der darin angeführten Dokumente, der Bekanntmachung, der Ausschreibungsbedingungen und deren Anlagen, der im Laufe des Ausschreibungsverfahrens übermittelten Richtigstellungen und Erläuterungen, veröffentlicht auf der Webseite <http://www.ausschreibungen-suedtirol.it/> der Autonomen Provinz Bozen, ohne Ausnahmen und Vorbehalte annimmt;
- m) dass er/sie bei der Erstellung des Angebots etwaige Erhöhungen durch Preisanstiege während der Ausführung der vertraglichen Leistungen berücksichtigt hat und im Vorhinein auf sämtliche diesbezügliche Maßnahmen oder Einwände verzichtet, vorbehaltlich der Bestimmungen der Preisrevisionsklausel;
- n) dass dieser Vertragsabschluss ohne Vermittlung oder Mitwirkung Dritter zustande gekommen ist;
- o) dass er/sie niemandem direkt oder mittels Dritter, einschließlich abhängiger oder verbundener Unternehmen, Geldsummen oder anderen Nutzen für Vermittlungen o.ä. ausbezahlt oder versprochen hat, um den Vertragsabschluss in irgendeiner Form zu vereinfachen;
- p) dass er/sie sich zu verpflichten, unter keinem Rechtstitel Geldsummen oder anderen Nutzen zu leisten, um die Vertragsausführung und/oder -gebarung mit Bezug auf die damit eingegangenen Verpflichtungen einfacher oder günstiger zu machen, noch in irgendeiner Form darauf ausgerichtete Handlungen zu vollziehen;
- q) dass er/sie gemäß Art. 53 Abs. 16/ter GvD Nr. 165/2001 keine Personen eingestellt hat, die Bedienstete mit Entscheidungs- oder Verhandlungsbefugnissen für öffentliche Verwaltungen in den letzten drei Dienstjahren nach Art. 1 Abs. 2 ebd. waren: diese dürfen in den drei Jahren nach der Beendigung des öffentlichen Arbeitsverhältnisses keine Arbeits- oder Berufstätigkeiten für private Rechtssubjekte ausüben, an welche die Handlungen der öffentlichen Verwaltung aufgrund ebendieser Befugnisse gerichtet waren. Die in Verletzung des genannten Art. 53 Abs. 16/ter abgeschlossenen Verträge und erteilten Aufträge sind nichtig, und es ist den privaten Rechtssubjekten, die sie abgeschlossen haben bzw. an welche sie vergeben wurden, untersagt, in den folgenden drei Jahren mit den öffentlichen Verwaltungen Verträge abzuschließen, mit der Verpflichtung, evtl. hierfür bezogene, festgestellte Vergütungen zurückzuerstatten;
- r) dass er/sie sich darüber bewusst ist, dass im Falle der Zuschlagserteilung, sollte festgestellt werden, dass die abgegebenen Erklärungen bzw. die vorgelegten Unterlagen nicht der Wahrheit entsprechen, die Gesellschaft aus der Ausschreibung ausgeschlossen oder die Zuschlagserteilung aufgehoben und/oder widerrufen wird und der Vertrag von Rechts wegen gemäß Art. 1456 ZGB von der Verwaltung aufgehoben wird;
- s) dass er/sie sich zu verpflichten, die Vergabestelle über alle eintretenden Änderungen der Eigentumsverhältnisse, Betriebsstruktur, technischen und verwaltungstechnischen Dienste sowie Änderungen zu den Unterauftragnehmern unverzüglich zu unterrichten;
- t) dass er/sie die Risikobewertung zur eigenen Aktivität vorgenommen und ein Dokument der Risikobewertung gemäß Art. 28 GvD Nr. 81/2008 abgefasst hat; dass er aufgrund der Risikobewertung alle Arbeitsschutzmaßnahmen getroffen und sich mit den notwendigen Mitteln und mit der Ausrüstung zur Unfallverhütung ausgestattet hat;
- u) dass er/sie den Leiter des Arbeitsschutzdienstes ernannt hat;
- v) dass er/sie (wenn vorgesehen) den Betriebsarzt ernannt und mit der Gesundheitsüberwachung betraut hat;
- w) dass die Arbeitnehmer (wenn sie der Gesundheitsüberwachung unterliegen) vom zuständigen Arzt für geeignet befunden wurden, bzw. dass er/sie als selbstständiger Arbeiter die gesundheitliche Eignung für die Ausführung der Leistung besitzt;
- x) dass er/sie für die Information und Ausbildung der Arbeitnehmer gesorgt hat bzw. dass er/sie als selbstständiger Arbeiter die erforderliche Ausbildung im Bereich Sicherheit zur Ausführung der Leistung besitzt;
- y) dass er/sie den Arbeitnehmern die persönlichen Schutzausrüstungen gemäß obiger Risikobewertung zur Verfügung gestellt hat, bzw. dass er/sie als selbstständiger Arbeiter über die persönlichen Schutzausrüstungen zur Ausführung der Leistung verfügt;

ANMERKUNGEN

Der gesetzliche Vertreter/der bevollmächtigte Vertreter

(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)

DATENSCHUTZHINWEIS**INFORMATIONEN ÜBER DIE VON DER BETROFFENEN PERSON UND VON DRITTEN ERWORBENEN
PERSONENBEZOGENEN DATEN**
(Art. 13. und 14 der DS-GVO 2016/679)**VERGABEVERFAHREN VON LIEFERUNGEN UND DIENSTLEISTUNGEN IM SINNE DES GVD. NR.
36/2023 i.g.F. UND DES LG. NR. 16/2015 i.g.F.**

Wir informieren Sie darüber, dass Ihre persönlichen Daten und Sie betreffende Daten besonderer Art sowie Gerichtsdaten im Einklang mit den Vorgaben der Datenschutz-grundverordnung EU/2016/679 (DS-GVO) und den Vorgaben des Datenschutzkodex gemäß GvD vom 30.06.2003, Nr. 196/2003 i.g.F. verarbeitet werden. Dies gilt sowohl für die Verarbeitungsweise an sich als auch für die Aufbewahrung, die die Vertraulichkeit der Daten gewährleisten muss.

Dazu werden sowohl händische als auch informatische und telematische Mittel verwendet und es werden eng zweckgebundene organisatorische und verarbeitungstechnische Methoden angewandt, sowie organisatorische Mittel auch materieller Art, die die Rechtmäßigkeit, die Korrektheit und die Transparenz der Verarbeitung und die Genauigkeit, Unversehrtheit, Vertraulichkeit und Minimierung der Daten gewährleisten.

Die Beschreibung der Details betreffend die Zweckbindung und zur Speicherbegrenzung finden Sie nachfolgend.

Rechtsinhaber der Datenverarbeitung

Inhaber der Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist die Stadtgemeinde Bozen in der Person des amtierenden Bürgermeisters, E-Mail-Adresse:

titolare.trattamento@comune.bolzano.it

Datenschutzbeauftragte/r

Verantwortlich für den Datenschutz ist die Gesellschaft LEGANT S.T.A.r.l., Datenschutzbeauftragte der Gemeinde Bozen, die unter folgender E-Mail-Adresse: dpo@gemeinde.bozen.it erreicht werden kann.

Zweck der Verarbeitung und entsprechende Rechtsgrundlage

Die Verarbeitung ist für die Durchführung einer Aufgabe von öffentlichem Interesse in Erfüllung einschlägiger gesetzlicher Vorgaben notwendig.

Die von Ihnen mitgeteilten personenbezogenen Daten, besonderen Daten und Gerichtsdaten werden zum Zwecke der Überprüfung des Bestehens der allgemeinen Voraussetzungen für die vertragliche Bindung mit der Gemeinde gemäß Art. 94 und Art. 95 des GvD Nr. 36 vom 31. März 2023 "Gesetzbuch der öffentlichen Verträge", sowie zur Ausarbeitung des öffentlichen Vertrages und der darauf folgenden Akten verarbeitet.

Während dieser Tätigkeiten können die verschiedenen Daten, die Sie betreffen (Gerichtsdaten, Ordnungsmäßigkeit in steuerrechtlicher Hinsicht, Ordnungsmäßigkeit in Bezug auf die Beiträge, bekleidete

Ämter im Unternehmen, Eintragung in Berufs-verzeichnissen, meldeamtliche Daten, Personalausweis oder gleichwertiges Dokument), bei Dritten überprüft und erworben werden:

Dies erfolgt durch die direkte Einsicht in Datenbanken oder durch Beantragung einer Ordnungsmäßigkeitsbescheinigung oder anderer Zertifizierungen bei anderen Körperschaften oder Konzessionären von öffentlichen Diensten, wie dem Justizministerium, der Agentur für Einnahmen, dem N.I.S.F. und anderen Rentenkassen, Handelskammern, Berufs-verbänden, Provinzen und Gemeinden, FVOE-System.

Diese Verfahren sind im Kapitel V des DPR Nr. 445 vom 28.12.2000, i.g.F. "Einheitstext der verwaltungsmäßigen Beurkundungen" sowie im Kapitel V des GvD Nr. 82 vom 07.03.2005, i.g.F. "Kodex der digitalen Verwaltung" geregelt.

Wenn Sie durch eine Erklärung zum Ersatz einer beeideten Bezeugungsurkunde angegeben haben, dass die Sie betreffenden Daten im Besitz von Privatpersonen sind (Daten betreffend die technische oder wirtschaftlich-finanzielle Leistungsfähigkeit, berufliche Qualifikation), können besagte Privatpersonen (Banken, vormalige Auftraggeber, Zertifizierungs-einrichtungen) im Rahmen der Über-prüfungstätigkeiten befragt werden.

Bei der Abwicklung der Verfahren zur Auszahlung der geschuldeten Beträge werden die besagten Daten im Einklang mit den in den Artikeln 32 u. ff. der Gemeindeordnung über das Rechnungswesen i.g.F., genehmigt mit GR-Beschluss Nr. 40 vom 27.6.2019, beschriebenen Modalitäten verarbeitet und mitgeteilt.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung von Daten besonderer Art sowie von Gerichtsdaten bilden die Artikel 9, Absatz 2, Buchstabe g), und 10 der DSGVO 2016/679 sowie die Artikel 2 sexies, Absatz 1, und 2 octies, Absätze 1 und 3, Buchstabe i) des GvD vom 30.6.2003, Nr. 196 i.g.F..

Wer wird Ihre Daten verarbeiten?

1. Bei den Rechtssubjekten, die Ihre Daten verarbeiten, handelt es sich um Angestellte/Projektbeauftragte/ Praktikanten, die eigens dazu ermächtigt worden sind, und/oder um delegierte Personen des Verantwortlichen der zuständigen Gemeindeämter gemäß Anlage A der Organisations- und Personalordnung der Gemeinde, einschließlich der Systemverwalter/-innen, die direkten Zugriff haben;
2. Auftragsverarbeiter, die die Daten auf Rechnung der Stadtgemeinde Bozen verwalten;
3. Gemeindeverwalter, wenn sie für die Ausführung von Aufgaben, die ihr Mandat betreffen, darum ersuchen.

Übermittlung

Die Daten, die Sie betreffen, können an folgende Empfänger übermittelt werden:

1. an andere Körperschaften oder Privatpersonen, die im Besitz von Sie betreffende Daten sind, im Rahmen der Tätigkeiten zur Überprüfung der von Ihnen abgegebenen Ersatzerklärungen in Bezug auf Zertifizierungen und Bezeugungsurkunden sowie im Rahmen von Überprüfungen von Amts wegen;
2. an den Schatzmeister für die Zahlung der Vertragsspesen, der Registergebühren;
1. an Dritte in Erfüllung von eventuell eingereichten, gesetzlich zugelassenen Anträgen auf Einsicht.
4. an Dritte durch direkten Zugriff bei Bestehen der Voraussetzungen gemäß Art. 50 des GvD Nr. 82 vom 7. März 2005 i.g.F.;

5. an ermächtigtes Personal und/oder an die vom Verantwortlichen der zuständigen Gemeindeämter delegierten Personen gemäß Anlage A der Organisations- und Personalordnung der Gemeinde.

Die Daten werden im Einklang mit den Vorgaben und Einschränkungen des Art. 1, Abs. 32 des G. Nr. 190 vom 06.11.2012 i.g.F. sowie zur Erfüllung spezifischer gesetzlicher Verpflichtungen der Gemeinde in Bezug auf die rechtliche Wirksamkeit veröffentlicht.

Aufbewahrung und Wiederbenutzung

Die Daten werden im Einklang mit den Kriterien, die im Handbuch für die Dokumentenverwaltung der Stadtgemeinde Bozen vorgegeben sind, zum Zwecke der Archivierung im öffentlichen Interesse aufbewahrt.

Die Daten können wiederverwendet werden, um die Qualität der von der Gemeinde Bozen angebotenen Dienstleistungen zu verbessern.

Die Daten werden - nachdem sie zum Schutz Ihrer Rechte und Freiheiten pseudonymisiert wurden - ausschließlich zu statistischen Zwecken wiederverwendet und in einigen Fällen an Dritte übermittelt.

Die Daten, die in die Datensätze der Dokumentenverwaltungs- und Buchhaltungssoftware einfließen, können bei neuen Verarbeitungstätigkeiten im Einklang mit den institutionellen Zielen erneut verarbeitet werden.

Rechte der betroffenen Person

Die Rechte der betroffenen Person sind in den Artikeln 15, 16, 18 und 21 der Europäischen Verordnung 2016/679 aufgeführt.

Es handelt sich um:

- das Recht der betreffenden Person, eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; das Recht auf Zugriff auf besagte Daten und das Recht auf die im Art. 15 aufgelisteten Informationen;
- Recht auf unverzügliche Berichtigung der Daten sowie auf Vervollständigung unvollständiger Daten gemäß Art. 16;
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung bei Bestehen der Voraussetzungen laut Art. 18 sowie Recht auf Mitteilung bei Aufhebung der besagten Einschränkung;
- Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung der Daten zu den im Art. 21 genannten Bedingungen.

Um diese Rechte auszuüben, können Sie das Formular verwenden, das auf der dem Schutz personenbezogener Daten gewidmeten Seite auf der Website der Gemeinde unter folgender Adresse zur Verfügung steht:

https://www.comune.bolzano.it/mw_it/images/b/b7/Esercizio_diritti.pdf
https://www.comune.bolzano.it/mw_it/images/b/b2/Esercizio_diritti-DE.pdf

Recht auf Beschwerde beim Garanten für Datenschutz

Die betroffene Person kann beim Garanten für Datenschutz eine Beschwerde i.S. des Art. 142 des GvD 196/2003 i.g.F. einreichen.

Angaben zur entsprechenden Vorgehensweise finden Sie hier:

<http://www.garanteprivacy.it/web/guest/home/docweb/-/docweb-display/docweb/4535524>

Mitteilung der Daten

Die Mitteilung der Daten ist verpflichtend.

Die mangelnde Mitteilung der Daten führt zur Überprüfung von Amts wegen und zur Einholung der Daten bei Dritten, sofern dies anhand der Informationen, die bereits im Besitz der Gemeinde sind, möglich ist.

Falls die Gemeinde nicht über ausreichende Informationen verfügt, um eigenständige Überprüfungen durchzuführen, bedingt die mangelnde Mitteilung der Daten die Unmöglichkeit der Auftragsvergabe und/oder der Bezahlung.

Die Verarbeitung der Daten ist für die Durchführung einer Aufgabe von öffentlichem Interesse in Erfüllung einschlägiger gesetzlicher Vorgaben notwendig.

Gelesen, bestätigt und unterzeichnet

Der gesetzliche Vertreter / Prokurist
(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)

- ¹ Die Erklärungen des gegenständlichen Formulars müssen vom gesetzlichen Vertreter des am Firmenzusammenschluss teilnehmenden Unternehmens (sowie der ausführenden Unternehmen eines Konsortiums), des ordentlichen Konsortiums, der EWIV, des Unternehmensnetzwerkes, und im Fall eines Konsortiums ex Art. 65, Abs. 2 Buchst. d) GvD Nr. 36/2023 vom gesetzlichen Vertreter der Mitglieder des Konsortiums, welche die vertragliche Leistung erbringen, abgegeben werden.
- ² Bei Einzelunternehmen die Angaben des gesetzlichen Vertreters anführen. Bei Konsortien gemäß Art. 65, Absatz 2 Buchst. d) GvD Nr. 36/2023 die Angaben des gesetzlichen Vertreters des Konsortiums anführen. Bei Bietergemeinschaften, ordentlichen Konsortien gemäß Art. 65, Absatz 2 Buchst. f) GvD Nr. 36/2023, EWIV und Unternehmensnetzwerken die Angaben des gesetzlichen Vertreters des federführenden Unternehmens anführen.
- ³ Falls der teilnehmende Wirtschaftsteilnehmer die Form eines Konsortiums gemäß Art. 65, Absatz 2 Buchst. f) GvD Nr. 36/2023 aufweist, sind die Konsortialgesellschaften, welche die vertraglichen Leistungen erbringen, verpflichtet, die Erklärungen gemäß dem Vordruck A1-bis abzugeben.
- ⁴ Falls der teilnehmende Wirtschaftsteilnehmer die Form einer Bietergemeinschaft aufweist, ist jedes Mitgliedsunternehmen verpflichtet, die Erklärungen gemäß Vordruck A1-bis abzugeben.
- ⁵ Falls der teilnehmende Wirtschaftsteilnehmer die Form eines Unternehmensnetzwerks aufweist, ist jedes Mitgliedsunternehmen verpflichtet, die Erklärungen gemäß Vordruck A1-bis abzugeben.
- ⁶ Falls der teilnehmende Wirtschaftsteilnehmer die Form einer EWIV aufweist, ist jedes Mitgliedsunternehmen verpflichtet, die Erklärungen gemäß Vordruck A1-bis abzugeben.
- ⁷ Die vollständigen Angaben eines jeden Unternehmens gemäß Art. 65, Absatz 2 Buchst. d) GvD Nr. 36/2023 anführen, das zur Bietergemeinschaft oder zum Bieterkonsortium gemäß Art. 65, abs. 2 Buchst. f) GvD Nr. 36/2023 gehört (Firma oder Firmenbezeichnung, Sitz, Steuernummer und Art des Unternehmens: Einzelunternehmen, offene Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft; sonstige Gesellschaftsform).
- ⁸ Falls der teilnehmende Wirtschaftsteilnehmer die Form eines Konsortiums gemäß Art. 65, Absatz 2 Buchst. d) GvD Nr. 36/2023 aufweist, sind die Konsortialgesellschaften, welche die vertraglichen Leistungen erbringen, verpflichtet, die Erklärungen gemäß dem Vordruck A1-bis abzugeben.
- ⁹ Unter dem Begriff „**die Erklärung abgebendes Unternehmen**“ ist das Unternehmen zu verstehen, welches den Vordruck unterzeichnet. Unter dem Begriff „**teilnehmender Wirtschaftsteilnehmer**“ ist der Wirtschaftsteilnehmer insgesamt zu verstehen. Handelt es sich bei der Erklärung abgebenden Unternehmen um ein Einzelunternehmen, fällt dieses mit dem „**teilnehmenden Wirtschaftsteilnehmer**“ zusammen. Bei aus mehreren Personen bestehenden Wirtschaftsteilnehmern ist der teilnehmende **Wirtschaftsteilnehmer** die Bietergemeinschaft, das Konsortium, die EWIV oder das Unternehmensnetzwerk, während das die Erklärung abgebende Unternehmen jeweils das federführende Unternehmen ist, welches den Vordruck A1 unterzeichnet, oder die einzelnen Mitglieder, welche die jeweiligen Vordrucke A1-bis unterzeichnen
- ¹⁰ Diese Fälle müssen von jeder Art an **teilnehmendem Wirtschaftsteilnehmer**, welcher sich am Wettbewerb beteiligt, mit Bezug auf den Sitz des die Erklärung abgebenden Unternehmens bestätigt werden.
- ¹¹ Gemäß Art. 2 der Empfehlung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften Nr. 2003/361/EG sind die Mitarbeiterzahlen und finanzielle Schwellenwerte zur Definition der Unternehmensklassen folgende:
 1. Die Größenklasse der Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) setzt sich aus Unternehmen zusammen, die weniger als 250 Personen beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. EUR beläuft.
 2. Innerhalb der Kategorie der KMU wird ein kleines Unternehmen als ein Unternehmen definiert, das weniger als 50 Personen beschäftigt und dessen Jahresumsatz bzw. Jahresbilanz 10 Mio. EUR nicht übersteigt.
 3. Innerhalb der Kategorie der KMU wird ein Kleinunternehmen als ein Unternehmen definiert, das weniger als 10 Personen beschäftigt und dessen Jahresumsatz bzw. Jahresbilanz 2 Mio. EUR nicht überschreitet.
- ¹² Im Sinne des Art. 104 GvD Nr. 36/2023 nur dann nachzuweisen, falls der Bieter die speziellen Teilnahmevoraussetzungen nicht oder nur zum Teil besitzt.
- ¹³ Die vorgesehenen besonderen Anforderungen angeben, welche der Bieter nicht selbst besitzt, sowie das prozentuelle Ausmaß oder Wert (Euro) dieser Anforderung.
- ¹⁴ Firma, Sitz und allgemeine Angaben des/der Hilfsunternehmens/Hilfsunternehmen und Anforderungen, für welche die Kapazitäten genutzt werden sollen.
- ¹⁵ Im Sinne des Art. 104 GvD Nr. 36/2023 nur dann nachzuweisen, falls der Bieter die speziellen Teilnahmevoraussetzungen nicht oder nur zum Teil besitzt.
- ¹⁶ Firma, Rechtssitz und allgemeine Angaben der Hilfsunternehmen und Anforderungen, für welche die Kapazitäten genutzt werden sollen.
- ¹⁷ Vom 01.09.2021 an wird Art. 110 GvD Nr. 50/2016 gemäß Art. 372 Abs. 1 GvD Nr. 14/2019 geändert werden.